

# 1. Die Islamische Republik:

## Historische Wurzeln und politisches System

---

Die Islamische Republik ist zwar ein Ergebnis der Revolution von 1979, doch prägen natürlich auch der vorrevolutionäre Kontext und die Geschichte des Landes das heutige politische Denken und Handeln. Ein tiefer liegendes Muster iranischer Geschichte ist Katouzian zufolge ein andauernder Zyklus zwischen willkürlicher Herrschaft und revoltierender Gesellschaft. Laut seiner „*theory of arbitrary rule and society*“ erweiterte der Staat durch die Jahrhunderte hinweg seine Kontrolle über Macht und Ressourcen immer wieder so lange, bis die Gesellschaft sich auflehnte und in einem umfassenden Umsturz neue Verhältnisse zu errichten suchte. Ein Resultat dieser regelmäßigen und tiefgreifenden Wechsel sei fehlende Kontinuität in der längerfristigen Entwicklung von gesellschaftlichen Schichten und Besitzverhältnissen, wodurch wiederum die Unbeständigkeit politischer Herrschaft verstärkt wurde. Dieses Spannungsverhältnis zwischen Staat und Gesellschaft setze sich auch im 20. Jahrhundert fort.<sup>1</sup> Gheissari und Nasr weisen darauf hin, dass die Entstehung des modernen Nationalstaates in Iran zuvorderst auf ein gesellschaftliches Verlangen nach umfassender Entwicklung, sozialer Ordnung und Bewahrung territorialer Integrität zurückging – Ziele, hinter denen eine Partizipation der Bevölkerung an politischer Entscheidungsmacht zurückstehen musste. Dehnte sich die solcherart unreglementierte Staatsgewalt unverhältnismäßig aus und schlug in Willkür um, distanzierte sich die Gesellschaft vom Staat und wendete sich schließlich gegen ihn. In regelmäßigen Abständen führte das Nachlassen autoritärer Kontrolle zu einer Entladung politischer Aktivität, die unter anderem in der Gründung zahlloser Pressepublikationen und Parteien, aber auch der Zunahme politischer Spannungen bis hin zur Gewaltanwendung Ausdruck fand und letztlich wieder in das Bedürfnis

---

1 Katouzian, Homa: *Iranian History and Politics. The dialectic of state and society*, London/New York: Routledge 2003; Katouzian, Homa: „The Short-Term Society: A Study in the Problems of Long-Term Political and Economic Development in Iran“, in: *Middle Eastern Studies* 40 (1) (2004), S. 1-22.

nach einer starken Ordnungsmacht mündete.<sup>2</sup> Die Balance zwischen effektiv handelnder Staatsmacht und autoritärer Machtausübung, zwischen gesellschaftlicher Freiheit und Chaos ist eine Frage, die Iran bis heute beschäftigt.

## EIN JAHRHUNDERT, ZWEI REVOLUTIONEN

Mit der Konstitutionellen Revolution von 1905-1911, die das Ende der Qajaren-Monarchie besiegelte, wurden in Iran erstmals grundlegende Institutionen einer Republik etabliert. Trotz der Kurzlebigkeit dieser Erfahrung parlamentarischer Politik bildete sie einen Bezugspunkt für alle zukünftigen Demokratiebestrebungen. Zugleich warfen die Diskussionen zur Verfassungsbildung schon zum damaligen Zeitpunkt eine zentrale Streitfrage auf: Welche Rolle sollten Religion und schiitischer Klerus in der Politik spielen? Somit wurden Anfang des 20. Jahrhunderts die Wurzeln für eine Grundsatzdebatte gesetzt, welche die politischen Auseinandersetzungen in Iran bis heute prägt.<sup>3</sup>

Eine historische Erfahrung mit ähnlich profunder Nachwirkung stellen die Nationalisierung des iranischen Erdöls durch Premierminister Mohammad Mossadeq und dessen nachfolgender Sturz durch einen von der CIA unterstützten Coup Anfang der 1950er Jahre dar. Im kollektiven Bewusstsein Irans sind der Putsch gegen den populären und demokratisch gewählten Mossadeq sowie die anschließende Reinstallierung des Schahs eng mit der Einmischung der USA in die internen Angelegenheiten des Landes verbunden. Das historisch verwurzelte Misstrauen gegenüber Eingriffen des Auslands wurde bestätigt und bleibt ein nicht zu vernachlässigendes Handlungsmotiv iranischer Politik. Der charismatische Mossadeq stieg zu einer Schlüsselfigur iranischer Nationalidentität auf.<sup>4</sup>

- 
- 2 Gheissari, Ali/Nasr, Vali: *Democracy in Iran. History and the Quest for Liberty*, New York: Oxford University Press 2006. S. 12. Etwa die Phasen nach der Konstitutionellen Revolution (1905-21), zwischen den beiden Pahlavi-Regierungen (1941-53) und kurz nach der Revolution von 1979. Dazu als Gesamtüberblick: Abrahamian, Ervand: *Iran between two Revolutions*, Princeton, New Jersey: Princeton University Press 1982.
  - 3 Hashemi, Nader: „Religious Disputation and Democratic Constitutionalism: The Enduring Legacy of the Constitutional Revolution On the Struggle for Democracy in Iran“, in: *Constellations* 17 (1) (2010), S. 50-60.
  - 4 Byrne, Malcolm/Gasiorowski, Mark J. (Hg.): *Mohammad Mossadeq and the 1953 Coup in Iran*, New York: Syracuse University Press 2004. Im Konflikt um das iranische Atomprogramm versuchten Präsident Ahmadinezhad und andere Regimevertreter durch Vergleiche zwischen Erdölnationalisierung und dem Streben nach Atomkraft diesen patriotischen Mythos zu aktivieren und den Beistand der Bevölkerung zu gewinnen. Moshirza-

Diesen zwei Phasen politischer Emanzipation stehen lange Jahre autoritärer Herrschaft unter den Pahlavis gegenüber. Im Anschluss an die unruhigen ersten zwei Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts verdankte der unbekannte Offizier Reza Pahlavi seinen Aufstieg einem gesellschaftlichen Bedürfnis nach politischer Stabilität und Entwicklung. Den zentral gelenkten Ausbau von Administration, Infrastruktur und Industrie verknüpfte Reza Schah mit einem ausgeprägten Nationalismus und trieb so den Aufbau eines modernen Nationalstaates in Iran voran. Zunehmend autokratisch regierend verschloss er allerdings der entstehenden Mittelschicht Wege politischer Beteiligung und verstieß zudem über eine aggressive Säkularisierungspolitik traditionelle Eliten.<sup>5</sup>

Reza Pahlavis Sohn Mohammad gelang es erst nach der unruhigen Phase des Interregnums 1941-1953 mit Hilfe der USA seine Macht zu festigen. Gestützt auf das rasant steigende Öleinkommen verfolgte er eine ambitionierte Modernisierungspolitik, die jedoch im Laufe der 1960er und 1970er Jahre soziale und kulturelle Spannungen zur Folge hatte. Zur Untermauerung seiner Herrschaft setzte der Schah auf eine Glorifizierung der vorislamischen Geschichte Irans, konnte damit aber nicht die Bevölkerung erreichen. In Abschottung vom Rest der Gesellschaft entstand eine kleine verwestlichte Elite, die zum Sinnbild der zunehmenden US-amerikanischen Dominanz über das Land wurde. Die Suche nach einer politischen Alternative zur Monarchie war demzufolge stark von antiwestlichen Untertönen geprägt. Der schiitische Islam wurde als ebenso essentieller wie authentischer Bestandteil der kulturellen Identität entdeckt. Der Auseinandersetzung religiöser Intellektueller mit den Ideen der Linken und des Antikolonialismus erwuchs eine Ideologie, die sowohl eine selbstbestimmte und gerechte Zukunft versprach als auch mit ihrer Symbolkraft einen Großteil der Bevölkerung erreichte und damit revolutionäre Tragweite entfaltete.<sup>6</sup>

---

deh, Homeira: „Discursive Foundations of Iran’s Nuclear Policy“, in: Security Dialogue 38 (4) (2007), S. 521-43.

- 5 Ghods, M. Reza: „Iranian Nationalism and Reza Shah“, in: Middle Eastern Studies 27 (1) (1991), S. 35-45. Dass der Ruf Reza Shahs auch heute noch Anklang findet, verdeutlichte die Kampagne des ehemaligen Offiziers der Revolutionsgarden Mohammad Baqer Qalibaf vor den Präsidentschaftswahlen 2005, der versprach, das Land als „islamischer Reza Schah“ aus der Krise zu führen. Naji, Kasra: Ahmadinejad. The Secret History of Iran’s Radical Leader, London/New York: I.B. Tauris 2008, S. 75f.

- 6 Abrahamian: Iran, S. 419-480; Gheissari/Nasr: Democracy, S. 57ff.

## Revolution

Mit der Revolution von 1978/79 wendete sich eine breite Massenbewegung gegen die Monarchie und besiegelte somit das Scheitern des autoritären Modernisierungsstaates. Über den Umsturz des alten Systems reklamierte die Gesellschaft Verantwortung für die eigene Entwicklung sowie Souveränität gegenüber äußeren Einflüssen, so dass die Revolution nach wie vor als Akt der politischen Selbstbefreiung im kollektiven Bewusstsein verankert bleibt – auch wenn die nachfolgende erneute Monopolisierung der Macht viele Revolutionsteilnehmer „enteignet“ hat. Damit einher ging die Erfahrung, dass eine stabil und überlegen erscheinende Herrschaftsform innerhalb kürzester Zeit beseitigt werden konnte. Auch wenn heute Unzufriedenheit über den Ausgang der Revolution verbreitet ist und das Verlangen nach neuerlichen radikalen Veränderungen sich in Grenzen hält, so sind doch Bedeutung und Macht des Volkswillens sowohl der Gesellschaft als auch der größtenteils noch selbst am Widerstand gegen den Schah beteiligten politischen Elite bewusst.<sup>7</sup>

Prinzipiell nahm die Revolution die politischen Aspirationen der Konstitutionellen Bewegung wieder auf, führte diese allerdings entsprechend der unterschiedlichen beteiligten Kräfte weiter aus. Sowohl linke als auch islamistische Oppositionsgruppen brachten egalitäre und antiimperialistische Vorstellungen in den revolutionären Diskurs ein. Das Versprechen sozialer Gerechtigkeit mobilisierte vor allem die unteren Bevölkerungsschichten und ermöglichte erst die gewaltigen Demonstrationsmärsche vom Herbst 1978. Neben *esteqlal* („Unabhängigkeit“) und *azadi* („Freiheit“) war die dritte zentrale Parole der Revolution *jomhuri-ye eslami* („Islamische Republik“); ein Konstrukt, das nur für wenige der Beteiligten eine konkrete politische Vision beinhaltete, für viele andere eher Ausdruck einer vagen kulturellen Identitätssuche war. Die unterschiedlichen Ideen der Revolutionsteilnehmer flossen zu ungleichen Anteilen in die Grundlagen der neuen Ordnung, wobei der politische Klerus aufgrund seiner organisatorischen Kohärenz und der charismatischen Führungsstärke Khomeinis rasch die Oberhand gewann. Resultat war ein politisches Hybridsystem, dessen Legitimation sich sowohl aus den republikanisch-demokratischen als auch den religiösen und populistisch-ideologischen Elementen des Revolutionsdiskurses speiste und das bis heute den Handlungsrahmen für die politischen Konflikte der Islamischen Republik bildet.

Als eine der großen sozialen Revolutionen hatte die Islamische Revolution nicht nur die Errichtung einer neuen politischen Ordnung zur Folge, sondern auch profunde gesellschaftliche Umwälzungen. Der revolutionäre Prozess eröffnete zuvor ausgeschlossenen Gruppen der Bevölkerung die Chance zum Zugriff auf politische

---

7 Ansari, Ali M.: Iran, Islam and Democracy. The Politics of Managing Change, London: Royal Institute of International Affairs 2000, S. 51.

wie wirtschaftliche Ressourcen und generierte eine erhöhte soziale Mobilität. Auf Basis veränderter Legitimationsprinzipien entstand eine neue politische Klasse. An vorderster Stelle stand natürlich der schiitische Klerus, dem Khomeinis Staatsdoktrin des *velayat-e faqih* eine privilegierte Stellung im neuen System zuwies. Die somit gebildete klerikale Kernelite kontrolliert nach wie vor die religiös legitimierten Führungsgremien der Islamischen Republik. Daneben entstand jedoch auch eine sekundäre Elitenschicht im Administrationsapparat und den großen Staatsunternehmen, deren sozialer Hintergrund und ideologische Motivation höhere Diversität aufwies. Ihre Vertreter legitimierten sich weniger über die Teilnahme am Widerstand gegen den Schah als vielmehr durch den Beitrag zu Aufbau und Verteidigung des neuen Regimes in den unbeständigen Anfangsjahren. Der allmählich schwindende Einfluss des Klerus führte innerhalb dieser zweiten Ebene der Führungsschicht zu einem erbitterten Wettstreit um Macht- und Ressourcenverteilung, der sich auf ideologischer Ebene in Form eines Grundsatzstreits um die Gesamtausrichtung des Systems manifestiert. Als langfristige Konsequenz der Revolution bestimmen die anhaltenden Kräfteverschiebungen innerhalb der zweiten Generation der Revolutionselite den weiteren Entwicklungsweg der Islamischen Republik.<sup>8</sup>

### *Widerstrebende Triebkräfte der Entwicklung*

Das 20. Jahrhundert macht somit zentrale Themen auf dem Weg Irans in die Moderne deutlich. Die politische Entwicklung des Landes ist Ansari zufolge von einem historisch verwurzelten „*powerful myth of political emancipation*“ geprägt, der sowohl intellektuelle Debatten als auch Handlungen politischer Akteure inspiriert.<sup>9</sup> Dabei geht es laut Farhi um zwei grundsätzliche Problemstellungen, die sich in unterschiedlicher Form immer wieder aufs Neue präsentieren: zum einen das Spannungsverhältnis zwischen autoritärer Herrschaft und gesellschaftlicher Partizipation, zum anderen das Streben nach territorialer Unversehrtheit und nationaler Souveränität. Wie kaum ein anderes Land der Region habe Iran bei der Suche nach Antworten auf diese Fragen der nationalen Identität politische Grenzen ausgelotet: zwei Revolutionen, ein Krieg, Monarchie, Parlamentspolitik und islamischer Staat

---

8 Arjomand, Said Amir: *After Khomeini. Iran under his Successors*, New York: Oxford University Press 2009; Reissner, Johannes: „Iran: Vor dem Ende klerikaler Macht?“, in: Perthes, Volker (Hg.), *Elitenwandel in der arabischen Welt und Iran*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik 2002, S. 189-208.

9 Ansari: *Iran, Islam*, S. 219.

sowie Widerstand gegen Kolonialmächte und Konflikte mit der internationalen Gemeinschaft.<sup>10</sup>

Ein ausgeprägtes Nationalbewusstsein bildet eine der wesentlichen Triebkräfte der iranischen Entwicklung. Es speist sich aus mehreren Jahrtausenden Geschichte sowie nicht zuletzt der Tatsache, dass Iran selbst nach Eroberung durch den Islam eine distinkte kulturelle Identität bewahrte. Eng damit verknüpft sind auch historische Erfahrungen von Invasion, Fremdherrschaft und Einflussnahme westlicher Kolonial- und Großmächte. Das Verlangen nach Unabhängigkeit, territorialer Integrität und nationalem Fortschritt unterliegt einem gesamtgesellschaftlichen Konsens und dient dem Vielvölkerstaat Iran als wichtiges einheitsstiftendes Element. Es kann indes auch durch autoritäre Herrscher instrumentalisiert werden, die sich als tatkräftige Verteidiger des Landes darstellen. Die Ideologie der Revolution hat dem iranischen Beharren auf Souveränität zusätzlich eine antiwestliche oder gar antiimperialistische Komponente beigegeben. Somit entsteht ein Diskursmittel, mit dem sich nicht nur die Ursachen sozialer oder politischer Konflikte externalisieren und fremder Intervention zuschreiben lassen, sondern auch interne Widersprüche unterdrückt und Dissidenten als Handlanger des Auslands ausgegrenzt werden können. Der Verweis auf nationale Interessen bietet zudem die Möglichkeit, außenpolitische Ansätze der Moderation und des Dialogs als Zeichen von Schwäche zu denunzieren. Anstatt als Identitätsstifter einer unabhängigen und selbstbewussten Nation zu dienen, wird der iranische Nationalismus hierbei zu einem Mittel reaktionärer Politik für ein autoritäres Regime.

Daneben hat sich der Islam ebenfalls als wichtige Inspirationkraft der iranischen Entwicklung erwiesen. Mit seiner schiitischen, vor allem in Iran spirituell wie intellektuell vorangetriebenen Auslegung bildet er einen zentralen Bestandteil nationaler Identität. Zugleich lieferte der schiitische Islam Grundlage für den Aufstieg des Klerus zu weitreichendem sozialen und politischem Einfluss sowie die Herausbildung einer revolutionären Ideologie. Iran ist damit das einzige Land, in dem die Utopie des Islamismus tatsächlich in die Errichtung einer umfassenden politischen Ordnung mündete. Dies hat zur Folge, dass die Unmöglichkeit, einen funktionierenden Staat allein auf Basis religiöser Interpretation zu lenken nirgendwo deutlicher wird als hier. In Folge entstand eine eindrucksvolle Reformströmung, die ein angemessenes Verhältnis von Religion und Politik zu formulieren versucht.

Die iranische Geschichte zeigt aber auch, dass republikanisch-demokratische Ideen seit mehr als einhundert Jahren Bestandteil politischer Diskurse sind. Von der Konstitutionellen Revolution bis in heutige Tage werden Forderungen nach politischen Freiheiten und Rechten sowie einer durch das Volk legitimierten Herrschafts-

---

10 Farhi, Farideh: „Crafting a National Identity amidst Contentious Politics in Contemporary Iran“, in: *Iranian Studies* 38 (1) (2005), S. 7-22.

form artikuliert. Institutionen wie Wahlen und Parlament sind fest im politischen Selbstverständnis verwurzelt. Im Laufe der Suche nach einer idealen politischen Ordnung stand Demokratie allerdings immer wieder in Konkurrenz zu anderen Vorstellungen: autoritärer Nationalismus, egalitäre Utopien und politischer Islam haben ständig zu neuen Schleifen auf dem Entwicklungsweg Irans geführt. Nach Verlassen aller anderen Utopien scheint Demokratie, wie Gheissari und Nasr anmerken, gewissermaßen als politisches Ideal „übrig zu bleiben“.<sup>11</sup> Gelingt es, dieses Ideal in eine Balance mit den übrigen Triebkräften der politischen Entwicklung Irans – Souveränitätsstreben, Nationalismus, Religion – zu bringen, so bietet sich die Chance auf eine eigenständige und authentische Demokratisierung.

## DAS REGIME: INSTITUTIONALISIERUNG UND LEGITIMATION

Das politische System Irans ist durch die unterschiedlichen Ambitionen der Revolutionsteilnehmer geprägt und vereint die Elemente verschiedener Herrschaftsformen. Die Verfassung reflektiert zum einen das historische Erbe der Konstitutionellen Revolution, zum anderen die politische Vision des Revolutionsführers Ayatollah Khomeini. Resultat ist eine doppelte Herrschaftslegitimation republikanischen und religiösen Ursprungs. Beide Legitimationsstränge durchziehen den Aufbau und das Wirken der staatlichen Institutionen. Das iranische Regime wurde demzufolge häufig als hybrides Mischsystem eingestuft.<sup>12</sup> Nach einer Phase der Liberalisierung in den 1990er Jahren lässt sich allerdings eine Reakzentuierung autokratischer Machtausübung konstatieren, die den autoritären Charakter des Regimes deutlich verstärkt hat.

Die Grundlage des Systems bildet das von Khomeini in den 1960er und 1970er Jahren entwickelte Prinzip der „Regentschaft des Rechtsgelehrten“ (*velayat-e faqih*), welches einen schiitischen Geistlichen als „Obersten Revolutionsführer“ an die Spitze des Staates stellt.<sup>13</sup> Diese Theorie ist im schiitischen Islam einmalig und

---

11 Gheissari/Nasr: Democracy, S. 9.

12 Reissner, Johannes: „Stabilitätsanalyse Iran“, in: Faath, Sigrid (Hg.), Stabilitätsprobleme zentraler Staaten. Ägypten, Algerien, Saudi-Arabien, Iran, Pakistan und ihre Auswirkungen, Hamburg: Deutsches Orient Institut 2003, S. 249-80, hier S. 250. Chehabi, Houchang E.: „The Political Regime of the Islamic Republic of Iran in Comparative Perspective“, in: Government and Opposition 36 (1) (2001), S. 48-70.

13 Algar, Hamid: Islam and Revolution: Writings and Declarations of Imam Khomeini (1941-1980), Berkeley, California: Mizan Press 1981; Dabashi, Hamid: Theology of Discontent: The Ideological Foundation of the Islamic Republic in Iran, New York: New

durchaus umstritten – nie zuvor wurde eine derartige Fülle politischer Macht in den Händen einer einzigen Figur konzentriert. Abgesehen von der quietistischen Mehrheit der Geistlichkeit, die eine Einmischung in politische Angelegenheiten ganz und gar ablehnt, übertrug beispielsweise die nach 1906 von Teilen des Klerus unterstützte Verfassung den Religionsgelehrten eine beratende Funktion, nicht aber vergleichbare Entscheidungsgewalt im Staat.<sup>14</sup>

Der religiös „von oben“ legitimierten Autorität des Revolutionsführers stehen die ebenfalls in der Verfassung verankerten Institutionen republikanischer Prägung gegenüber: Parlament und Präsident werden alle vier Jahre durch das Volk, also „von unten“ gewählt. Daraus ergibt sich ein Spannungsverhältnis zwischen der absoluten Souveränität Gottes einerseits und dem über Wahlen artikulierten Volkswillen andererseits. Zusätzlich zu diesen Institutionen der dualen Herrschaftslegitimation entstanden in der Anfangsphase des Regimes Einrichtungen, welche den religiösen Charakter und die revolutionären Ideale des neuen Systems gewährleisten sollten. Nach dem Zusammenbruch der alten Ordnung agierten verschiedene Organisationen und Komitees unabhängig von der zentralen Übergangsregierung bei der Durchsetzung neuer Rechtsvorstellungen und der Neuaufteilung von Ressourcen. Anfänglich spontan durch die Anhänger Khomeinis geschaffen, um politischen Einfluss gegenüber anderen Revolutionsteilnehmern zu sichern, unterstehen diese Institutionen mittlerweile alle dem Revolutionsführer und bieten zusätzliche Herrschaftsinstrumente. So entsteht ein komplexes Gefüge, in dem die religiös-revolutionären Institutionen teils parallel, teils übergeordnet zu den per Wahl ermittelten Amtsträgern agieren.<sup>15</sup>

### *Klerikale Führungsgremien*

Als anerkannte religiöse Autorität und charismatischer Revolutionsführer vereinte Khomeini die unterschiedlichen Elemente des Regimes in seiner Person und vermochte dessen Funktionieren während der 1980er Jahre zu gewährleisten. Nach dieser ersten revolutionären Phase galt es jedoch, das System umzugestalten, um den Fortbestand der Islamischen Republik zu sichern. Wollte man die Aufgaben, denen das Land nach Beendigung des Iran-Irakkriegs gegenüberstand, bewältigen, so mussten religiös-ideologische Elemente zugunsten effizienter Institutionen zu-

---

York University Press 1993; Martin, Vanessa: *Creating an Islamic State: Khomeini and the Making of a New Iran*, London: I.B.Tauris 2003. S. 409-484.

14 Akhavi, Shahrough: „Contending Discourses in Shi'i Law on the Doctrine of Wilāyat al-Faqīh“, in: *Iranian Studies* 29 (3-4) (1996), S. 229-68.

15 Moslem, Mehdi: *Factional Politics in Post-Khomeini Iran*, New York: Syracuse University Press 2002, S. 20ff.

rückgestellt werden. Eine Verfassungsänderung kurz vor Khomeinis Tod konzentrierte den Großteil der Macht in einigen wenigen Führungsgremien, die fest in der Hand des politischen Klerus lagen. Dieser „klerikale Konziliarismus“ untergräbt die Stellung der republikanischen Institutionen und bildet damit ein wesentliches Hindernis für jegliche demokratische Entwicklung.<sup>16</sup>

Die Autorität des „Obersten Führers der Islamischen Revolution“ (*rahbar-e moazam-e engelab-e eslami*) wurde mit der Verfassungsänderung von 1989 „absolut“ (*motlaq*) und gab diesem damit die Befugnis, für das Wohl der Islamischen Republik selbst prinzipielle islamische Vorschriften außer Kraft zu setzen.<sup>17</sup> Insgesamt verfügt der Revolutionsführer nicht nur über grundlegende Richtlinienkompetenz in allen politischen Fragen, sondern bestimmt auch die Führung von Streitkräften, Justiz, Wächterrat und Staatsfernsehen. Über so genannte „Regierungsurteile“ (*ahkam-e hokumati*) kann er direkt in die Arbeit von Exekutive und Legislative eingreifen.

Eine Bastion klerikaler Herrschaft ist auch der Wächterrat (*showra-ye negahban*). Dieser überprüft zum einen die Übereinstimmung von Gesetzentwürfen mit Islam und Verfassung, zum anderen überwacht er die Durchführung von Wahlen. Die Mitglieder des Gremiums haben dieses Recht immer wieder genutzt, um Kandidaten mit gegensätzlicher politischer Orientierung zu disqualifizieren, meist unter Verweis auf deren „mangelnde Loyalität“ zu Islam und System. Dieses Vorgehen bildete einen Gegenstand heftiger Kontroversen in der politischen Elite. Tatsächlich erweiterte der Wächterrat seine Befugnisse erst nach dem Tode Khomeinis. Derartige Interventionen nahmen nach dem überraschenden Wahlsieg der Reformfraktion 1997 zu und ebneten letztlich der autoritären Regression den Weg.<sup>18</sup>

Zwei weitere Führungsgremien sind der Expertenrat (*majles-e khobregan*) und der „Rat zur Feststellung der Interessen des Systems“ (*majma-e tashkhis-e maslahat-e nezam*). Die Mitglieder des Expertenrats gehören allesamt dem schiitischen Klerus an und sind verfassungsgemäß mit der Selektion eines Nachfolgers für den auf Lebenszeit gewählten Revolutionsführer betraut. Der Feststellungsrat repräsentiert mit knapp 30 Mitgliedern im Prinzip eine formalisierte Koalition der Machtelite und soll den Revolutionsführer in Fragen von grundlegender politischer Bedeutung beraten.

Darüber hinaus trägt die Judikative zur Systemsicherung bei. Der Leiter der Justiz wird vom Revolutionsführer ernannt und bestimmt seinerseits Obersten Richter

16 Arjomand: After Khomeini, S. 41ff; Schirazi, Asghar: The Constitution of Iran. Politics and the State in the Islamic Republic, London/New York: I.B.Tauris 1997.

17 Tellenbach, Silvia: „Zur Änderung der Verfassung der Islamischen Republik Iran vom 28. Juli 1989“, in: Orient 31 (1) (1990), S. 45-66.

18 Samii, A. William: „Iran's Guardians Council as an Obstacle to Democracy“, in: Middle East Journal 55 (4) (2001), S. 644-64.

und Generalstaatsanwalt, so dass innerhalb des Apparats eine grundsätzliche Treue gegenüber Khamenei gewährleistet ist. Diese Führungsposten sind zudem verfassungsgemäß mit Klerikern zu besetzen.<sup>19</sup> Auf Basis einiger offen formulierter Artikel in Strafgesetz und Verfassung können unter Verweis auf den „Schutz der nationalen Sicherheit“ immer wieder wichtige Grundrechte einschränkt werden.<sup>20</sup> Aus den Anfangstagen des Regimes existieren noch die so genannten Revolutionsgerichte, die mit Sonderbefugnissen gegen Dissidenten vorgehen können. Das Sondergericht für den Klerus soll Loyalität unter der schiitischen Geistlichkeit durchsetzen. Die Schauprozesse gegen Reformpolitiker und Oppositionelle nach den Präsidentschaftswahlen im Sommer 2009 verdeutlichten die politische Instrumentalisierung der iranischen Justiz.

Justiz- und Sicherheitsapparat sind zudem von informellen Netzwerken ultra-konservativer Akteure durchzogen, die zur Durchsetzung ihrer Interessen auch vor dem Einsatz von Gewalt nicht zurückschrecken. Innerhalb des für den Geheimdienst zuständigen Informationsministeriums waren Ende der 1990er Jahre Absolventen der religiösen Haqqani-Schule in die Ermordung von Intellektuellen und Regimekritikern, die so genannten „Kettenmorde“ verwickelt. Die Reformregierung unter Präsident Khatami konnte zwar radikale Kräfte aus dem Ministerium verdrängen, doch bildeten diese zum Teil parallele geheimdienstliche Strukturen, bis sich ihnen nach 2005 wieder Wege in die staatlichen Institutionen öffneten. In Ahmadi-nezhads erster Amtszeit zählten etwa Informationsminister Ezhei und Innenminister Purmohammadi zum Kreis der Haqqani-Schule. Beide waren zuvor in hochrangigen Funktionen innerhalb der Justiz und des Innenministeriums an Repressionen gegen Oppositionelle beteiligt.<sup>21</sup>

### *Demokratische Elemente*

Parlament und Staatspräsident sind die zentralen republikanisch-demokratisch legitimierten Institutionen im System der Islamischen Republik. Der Präsident wird alle vier Jahre direkt vom Volk gewählt und hat verfassungsgemäß das zweithöchste Amt nach dem Revolutionsführer. Dieser kann jedoch direkt in die Entscheidungen

19 Tabari, Keyvan: „The Rule of Law and the Politics of Reform in Post-Revolutionary Iran“, in: *International Sociology* 18 (1) (2003), S. 96-113. S. 104.

20 Human Rights Watch: „You Can Detain Anyone for Anything. Iran’s Broadening Clamp-down on Independent Activism“, New York 2008.

21 Samii, A. William: „The Iranian Nuclear Issue and Informal Networks“, in: *Naval War College Review* 59 (1) (2006), S. 63-89.; Human Rights Watch: „Ministers of Murder: Iran’s New Security Cabinet“, New York 2005.

der Exekutive eingreifen, so dass die Handlungsfreiheit des Präsidenten grundlegend von einem Interessensgleichklang mit dem Revolutionsführer abhängt.

Das iranische Parlament und die regelmäßige Wahl der Abgeordneten lassen sich auf Prinzipien der Konstitutionellen Revolution zurückführen und sind damit Ausdruck des republikanischen Selbstverständnisses Irans. Die Entscheidungsbefugnis der Legislative wird zwar durch Wächter- und Feststellungsrat eingeschränkt, doch bildete der Majles immer wieder ein Zentrum für Kritik an der Regierung und grundlegende nationale Debatten. Die Abgeordneten können Amtsenthebungsverfahren gegen das Kabinett einleiten. Seit 1989 mussten alle drei Staatspräsidenten Korrekturen ihrer Politik durch eine Parlamentsmehrheit mit abweichender Orientierung hinnehmen.

Selbst wenn Parlament und Präsident kaum gegen die Machtfülle der religiös-revolutionären Einrichtungen bestehen können und Kandidaten eine Vorauswahl durch den Wächterrath durchlaufen müssen, so ist doch die Bedeutung von Wahlen für das System der Islamischen Republik nicht zu unterschätzen. Wahlen bilden für die Machtelite ein wichtiges Mittel der Legitimation und Systemstabilisierung. Sie fördern einen begrenzten ideologischen Pluralismus innerhalb der Elite und ermöglichen eine gewisse Flexibilität in Reaktion auf gesellschaftliche Entwicklungen. In der Gesellschaft haben die seit 1979 regelmäßig abgehaltenen Urnengänge die Praxis von Wahlen verankert. Der deutliche Richtungswechsel von 1997, bei dem die Mehrheit der Wähler den Außenseiter Khatami gegen den Kandidaten des Establishments durchsetzte, stärkte das Bewusstsein über den Einfluss der eigenen Stimme. Umso schwerer wog die offene Usurpation des Wahlgangs vom Juni 2009 durch die ultrakonservativen Unterstützer von Amtsinhaber Ahmadinezhad. Die seit der Revolution in ihrem Ausmaß einzigartigen Demonstrationen verdeutlichen die Entrüstung der Bevölkerung über die „gestohlenen Stimmen“ und damit auch das fest verwurzelte Selbstverständnis über ein Mitspracherecht an der politischen Entwicklung des Landes. In der Wahlkrise erreichte das systemimmanente Spannungsverhältnis zwischen autoritärer Lenkung und begrenzter Partizipation einen neuen Höhepunkt. Ohne Zweifel wurde die Institution ‚Wahlen‘ nachhaltig beschädigt und hat als Mittel der Legitimationserzeugung an Wirksamkeit eingebüßt. Die Durchführung von Wahlen bildet bei unveränderten politischen Vorzeichen fortan einen potentiell destabilisierenden Moment. Zum Zwecke des System- und Machterhalts könnten die strategischen Gruppen der Herrschaftskoalition demzufolge versuchen, die republikanischen Aspekte des Systems weiter zugunsten einer starken autoritären Kontrolle abzuwerten.

